

- schende Meinung“ repräsentieren, die Eisfelds Buch kritisiert.
- 2 Parallel zu Eisfelds Buch ist erschienen: E. Haiger, Politikwissenschaft und Auslandswissenschaft im „Dritten Reich“ – (Deutsche) Hochschule für Politik 1933-1939 und Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität 1940-1945, in: G. Göhler/B. Zeuner (Hg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden, 1991, S. 94-136. Diese sehr materialreiche Studie kommt in der entscheidenden Frage unter der Überschrift „Auflösung und Neugründung im Jahre 1933“ zu einem etwas widersprüchlichen, aber unterm Strich anders akzentuierten Ergebnis, wenn sie feststellt: „Ende Mai 1933 begann das '26. Semester' der DHfP nach einer Umgestaltung, die ein so tiefer Bruch war, daß man die Identität der DHfP vor- und nachher bestritten hat. Daß es Kontinuität (partielle Identitäten) gab, zeigt sich daran, daß die neue Leitung einen Teil der Dozenten übernahm ...“ (S. 97)
  - 3 Kurt Lenk, „Über die Geburt der Politikwissenschaft aus dem Geiste des 'unübertrefflichen' Wilhelm Heinrich Riehl. Anmerkungen zu 'Politikwissenschaft im Faschismus' (1933-1945)“, in: PVS, 1986, S. 252-258.
  - 4 Auch E. Haiger (S. 102) weist in diesem Punkt Lenks Kritik zurück – obwohl er im ganzen wohl eher dessen Einschätzung teilt, daß es eine Politikwissenschaft 1933-1945 nicht gegeben habe. Allerdings werden bei E. Haiger die Kriterien niemals ganz klar und eindeutig genannt, wenn er z.B. „zwei Versuche politischer Theorie in der ZFP“ als „recht dürftig“ bezeichnet (S. 102), fallen sie doch damit nicht aus der Zuordnung heraus – oder doch? (Gilt das Kriterium nach 1945 weiter?)
  - 5 Nur angemerkt werden soll, daß das natürlich im Verhältnis der westdeutschen Politikwissenschaft zu den ehemaligen Gesellschaftswissenschaften der DDR höchst aktuelle Fragen sind, die sich praktisch in der Alternative generelle Abwicklung von Institutionen (z.B. des Wissenschaftlichen Kommunismus) und Personal versus Abwicklung von Institutionen bei Einzelfall-evaluierung des wissenschaftlichen Personals niederschlagen.

## II.

## Angebräunte Politikwissenschaft?

Hubertus Buchstein

Wissenschaftsgeschichte hat in der Bundesrepublik seit einigen Jahren regelrecht Konjunktur. Ob in Soziologie, Geschichtswissenschaft, Rechtswissenschaft, Psychologie, Pädagogik oder der dazu im Vergleich relativ jungen Politikwissenschaft – im Zentrum des wissenschaftshistorischen Interesses stehen Fragen, die das Selbstverständnis der jeweiligen Fächer berühren. Daß auch Rainer Eisfeld mit seinem Buch zentrale Fragen des politikwissenschaftlichen Selbstverständnisses betroffen sieht, macht er gleich zu Beginn seines Buches deutlich: „Die gefällige Legende von der Demokratiewissenschaft der Weimarer Ära gilt es zu ersetzen durch die Darstellung einer differenzierten, keineswegs unproblematischen Fachentwicklung.“ (16) Und er geht noch weiter. Diese Legendenbildung, so schreibt er, sei nach 1945 „zur 'Lebenslüge' der deutschen Politikwissenschaft avanciert“ (100). Die These seines Buches lautet, daß aufgrund neuer Dokumentenfunde mit dieser 'Lebenslüge' aufgeräumt werden muß. Die nationalsozialistische Ära muß stattdessen einerseits in einer dick zu ziehende Kontinuitätslinie von der Weimarer Politikwissenschaft her und andererseits in abgeschwächten, aber doch bestehenden Kontinuitäten zur späteren bundesdeutschen Nachkriegspolitologie neu verortet werden.

Meine nachfolgenden Bedenken gegen Eisfelds Buch – das allein schon deshalb zu loben ist, weil es die erste Monographie zum Thema Politikwissenschaft und Nationalsozialismus darstellt und dabei auf eine imponierende Fülle an Archivbeständen zurückgreift (an wichtigen Quellen wäre ergänzend nur noch auf den Bestand des DAWI, 'Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut', in Potsdam hinzuweisen) – richten sich weniger gegen Einzelanalysen seiner Studie, sondern genereller gegen die damit von ihm intendierte Neuinterpretation der Geschichte des Faches Politikwissenschaft.

1. Eisfelds Kritik gilt einer auf die Weimarer 'Deutsche Hochschule für Politik' (DHfP) verengten Historiographie der Disziplin Politikwissenschaft. Wie er schreibt, lag sein ursprüngliches Motiv für das vorgelegte Buch in dem Interesse, einigen der Mitte der sech-

ziger Jahre gegen Bergstraesser erhobenen Vorwürfe auf den Grund zu gehen. Dieser Impuls war es, der ihn dazu brachte, das Thema seiner Forschungen auszuweiten und auch die DHfP aufarbeiten zu wollen. Ich vermute, daß in dieser vorgängigen 'Entlarvungsintention' sowohl einige Interpretationen und Urteile Eisfelds über die Hochschule begründet liegen wie auch die generelle Anlage der Arbeit. Es fällt auf, daß Eisfelds Untersuchung ausgesprochen personenbezogen angelegt ist. Über die gesamte Breite der Forschung und Lehre an der DHfP und den späteren auslandswissenschaftlichen Institutionen erfährt man vergleichsweise wenig<sup>1</sup>.

Es ist irreführend, wenn Eisfeld seine Studie als Teil einer bisher verschwiegenen Vorgeschichte der westdeutschen Politologie präsentiert. Zumindest in seinem Buch verfügt Eisfeld über kein klares Verständnis von dem, was unter Politikwissenschaft als Disziplin zu verstehen ist. Er kritisiert an der Geschichtsschreibung des Faches Politikwissenschaft, daß sie lange Zeit die Existenz einer Politikwissenschaft im Nationalsozialismus nicht thematisiert hätte. Daß sich die bundesdeutsche Politikwissenschaft bis vor einigen Jahren nicht mit den Autoren und Institutionen befaßt hat, die Eisfeld analysiert, ist richtig. Und daß dies ein Versäumnis ist, ebenso. Aber es ist mehr als eine terminologische Spielerei, wenn daraus der Vorwurf abgeleitet wird, damit sei das Thema Politikwissenschaft im Nationalsozialismus totgeschwiegen worden. Eisfeld nimmt eine Wissenschaftsgeschichtsschreibung aufs Korn, die bei ihrer Suche nach den Weimarer Anfängen einer institutionalisierten Politikwissenschaft den Blick ausschließlich auf die DHfP gerichtet habe (11). Zurecht. Doch auch Eisfeld bezieht in seine Untersuchung nicht diejenigen Erweiterungen ein, die für eine Rekonstruktion der Fachgeschichte zentral wären. Die Erweiterungen, die er vornimmt, betreffen das Politische Kolleg, die HfP (Hochschule für Politik, Berlin) ab 1933, das DAWI und die AWF (Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Universität Berlin). Dies ist eine Entscheidung, die problematisch, auf jeden Fall aber begründungsbedürftig ist. In dem Eisfeld die Karrieren und Werke einiger ehemaliger Dozenten der Weimarer DHfP über das Jahr 1933 hinaus in aller Akribie nachzeichnet, überspringt er die trivial klingende Frage, ob es im Nationalsozialismus überhaupt Politikwissenschaft gegeben hat.

Doch wie ließe sich so etwas überhaupt feststellen, wenn man keine politisch motivierte Wortklauberei getreu dem Motto 'was nicht sein soll, wird wegdefiniert' betreiben möchte? Ich denke, daß zwei Differenzierungen hilfreich sind. Zum *ersten* erhält der Terminus Politische Wissenschaft nach 1933 eine vorher in dieser Deutlichkeit nicht bestehende Zusatzbedeutung. Für die meisten Äußerungen über „Politische Wissenschaft“ insbesondere der Jahre 1933-35 gilt, daß sie nicht eine spezielle Disziplin Wissenschaft von der Politik meinen, sondern eine nun generell für alle Fächer als „politisch“ proklamierte Wissenschaft – erinnert sei nur an Freyers „Politisches Semester“, Mannhardts „Hochschulrevolution“, Bäumlers „politische Pädagogik“ oder die Vertreter der juristischen 'Kieler Schule', die an Instituten, in denen „Politik“ gelehrt werden sollte, eine nationalsozialistisch orientierte Rechtswissenschaft betrieben. Nationalsozialistische Politiker lehnten die Existenz einer eigenständigen Fachdisziplin für Politik mit der Begründung „im nationalsozialistischen Staat muß Wissenschaft schlechtweg politische Wissenschaft sein“ ab. Dies war übrigens auch einer der Hauptgründe für die (von Eisfeld so gar nicht herausgestellte) Erfolglosigkeit der DHfP nach 1933 und ihre vergleichsweise niveaulosen Neubesetzungen im Personalbereich. – Wichtig ist *zweitens* die Unterscheidung von Politikwissenschaft und Auslandswissenschaft. Die Entwicklung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität nimmt sozial wie kognitiv weniger die Geschichte der DHfP, sondern in erster Linie die diversen Anläufe einer wissenschaftlichen Auslandskunde seit dem Kaiserreich auf. In dieser Perspektive war es nicht die Politikwissenschaft, die in der nationalsozialistischen Ära eine wissenschaftlich professionalisierte Institution erhielt, sondern die Auslandswissenschaft. Ihre Fachvertreter rekrutierten sich aus Disziplinen wie Neuphilologie, Geographie sowie Soziologie und Staatswissenschaft. Die DHfP ging – übrigens entgegen der suggerierten Darstellung bei Eisfeld ob eines persönlich bedingten Zufalls im Erziehungsministerium; die Alternative wäre wahrscheinlich ihre Abwicklung gewesen – in einer Fakultät auf, deren Gegenstand die Auslandswissenschaft war; das mögliche Kontrastprojekt einer Hochschule für Politische Wissenschaft wurde in dem damaligen hochschulpolitischen Gerangel ausdrücklich ver-

worfen. Die HfP stieß als relativ unwichtiger Teil 1939/40 nur dazu. Entsprechend war es das Ziel beispielsweise Pfeffers, die seit Jahrzehnten in ihrer Existenz umstrittene Auslandswissenschaft vor allem gegen die Kulturkunde der neuphilologischen Fächer 1939 nun endlich mit programmatischen Beiträgen methodisch zu legitimieren und sie in ihrer Aufgabenstellung in einer auf die nationalsozialistischen Politikbedürfnisse ausgerichteten Weise zu präzisieren.

Es soll gar nicht in Abrede gestellt werden, daß sowohl Überlegungen im Kontext einer 'Politisierung' aller Wissenschaften wie auch der Geschichte der Auslandswissenschaft zu einem Untersuchungsprogramm gehören, das über heute bestehende Disziplinengrenzen hinaus beschreiben möchte, wie und mit welchen Intentionen in Deutschland Politik zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit gemacht wurde. Ein solches Forschungsdesign – und dies ist mein Einwand gegen Eisfeld – ist aber noch nicht gleichzusetzen mit einer (Vor-)Geschichte der Fachdisziplin Politikwissenschaft. Um eine solche zu schreiben, kann nur eine ex-post-Perspektive eingenommen werden, da das Fach im Unterschied zur zeitgenössischen Germanistik oder Jurisprudenz vorher nur in disparaten Ansätzen zu finden war. Es gibt zwei unterschiedliche Möglichkeiten der Perspektivierung politikwissenschaftlicher Fachgeschichte: einmal vom Ansatzpunkt der in die Politikwissenschaft der Bundesrepublik eingegangenen Traditionslinien, zum anderen von der zeitlich vorausgehenden Auslandswissenschaft der NS-Ära her. Rangiert wie bei Eisfeld die Auslandswissenschaft als Referenzpunkt, gibt dies sicher interessante Einblicke in das Wissenschaftssystem unter dem Nationalsozialismus: Einen unmittelbaren Beitrag zum Selbstverständnis der bundesdeutschen Politologie erbringt dies aber noch nicht. Von der bundesdeutschen Politikwissenschaft aus wäre stattdessen negativ danach zu fragen, welche von den genannten möglichen Anknüpfungspunkten nach 1945 bewußt nicht genutzt wurden, und positiv danach, welche Quellen und Bestandteile es stattdessen waren, aus denen das Fach seine Identität schöpfte. Aus dieser Perspektive verdiente dann eher eine zusammenfassende Untersuchung zum Thema Weimarer Staatsrechtsdebatte, Heidelberger Soziologie und dem sozialdemokratischen Marxrevisionismus den

von Eisfeld gewählten Untertitel „Deutsche Politikwissenschaft 1920-45“.

2. Eisfeld kritisiert zweitens eine Legendenbildung über die alte DHfP, die besagt, daß sie eine rein demokratisch-republikanische Hochschule gewesen sei. Detailliert und in den meisten Passagen überzeugend zeigt er demgegenüber auf, daß es sich bei der DHfP realiter um eine politisch wie wissenschaftlich äußerst heterogene Hochschule gehandelt habe. Bezogen auf die neuere Fachgeschichtsschreibung rennt er mit dieser Beobachtung allerdings offene Türen ein. So informativ und neu vieles von dem ist, was er aufgearbeitet hat; sein Vorwurf trifft nur die Pioniere der Fachgeschichtsschreibung aus der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. In dem Augenblick, wo die Fachgeschichtsschreibung sich seit Mitte der achtziger Jahre stärker professionalisierte und in das Stadium des Archivistiums trat, standen auch die Fragen, die Eisfeld motivierten, im Zentrum des Interesses, und es liegen bereits einschlägige Veröffentlichungen vor.

Einige Details der Beschreibung der Weimarer DHfP durch Eisfeld können jedoch nicht ganz ohne Widerspruch bleiben. Aus theoretischer Sicht wenig überzeugend ist seine Typologie an der Stelle, wo er das „funktionalistische Demokratiekonzept“ als generelles Konzept entwickelt, und wie er anschließend die entsprechenden Belegstellen der von ihm hier verorteten Autoren anführt (56-64). Was die historische Darstellung betrifft – und auf die will ich mich hier konzentrieren – so hatte die Institutionalisierung der DHfP laut Eisfeld folgenden Gründungsimpuls: Sie „zielte nach rückwärts, war beabsichtigt als ein Beitrag zur Fundierung des auf 'Revision von Versailles' gerichteten deutschen Strebens nach Wiedererlangung seiner Vorkriegsstellung“ (33). Ohne die nationale Bias damit in Frage zu stellen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß Eisfeld in seiner Darstellung andere damals zur Geltung kommende Gründungsimpulse zu kurz kommen läßt. So etwa die Strategie des späteren preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker, mit der Hochschule einen Hebel herauszubilden, mit dem eine generelle Hochschulreform im Sinne einer Restitution des Humboldtschen Ideals auf den Weg gebracht werden könnte; oder die Absicht reformorientierter preußischer Regierungsbeamter, mit der Hochschule „zur Heranziehung möglichst vieler Teile unseres Volkes zu ein-

sichtsvoller Teilnahme am politischen Leben“ (Bill Drews) beizutragen; oder schließlich das Ansinnen, die Gründung der Hochschule als Teil der Umsetzung des in Art. 148 WRV von der Verfassung aufgegebenen staatsbürgerlichen Bildungsauftrages zu sehen. Eine ähnliche ‘rechte Schlagseite’ findet sich in Eisfelds Auflistung der personellen Zusammensetzung an der DHfP. In dem mit ‘Politische Wissenschaft als Demokratiewissenschaft’ überschriebenen Kapitel finden sich zwar luzide Skizzierungen der Arbeiten von Heller, Holborn und S. Neumann, andere Namen aber, wie wie Salomon, Braunthal, Falk, Naphthali, Sering, Thieme, Mennicke, Brecht oder Simons werden in diesem Kontext nicht einmal erwähnt. Keine Erwähnung findet auch die Existenz eines ‘Marxistischen Arbeitskreises’ an der Hochschule, von dem von 1928-32 wichtige Impulse für Hilferdings Theoriezeitschrift ‘Gesellschaft’ ausgingen. Nicht genannt ist auch die Wirtschaftsschule, die als „völlig verseucht“ 1933 geschlossen wurde.

3. Selbst wenn man die Relativierungen, die ich an Eisfelds Bild der Weimarer DHfP vornehmen würde, akzeptiert, ist eine andere Frage Eisfelds damit noch nicht beantwortet: Warum setzte die auf fundierten Archivstudien basierende Aufarbeitung in der politologischen Fachhistoriographie erst so spät (und zwar um einige Jahre später als bei den Soziologen oder Rechtswissenschaftlern), nämlich nahezu vierzig Jahre nach Etablierung der Politikwissenschaft als Universitätsfach, ein? Eisfeld ist nur zuzustimmen, wenn er schreibt, daß es der Politikwissenschaft mit ihrem hehren Anspruch in bezug auf Demokratie nicht nur gut angestanden, sondern es bezüglich ihrer eigenen Glaubwürdigkeit notwendig gewesen wäre, ihre Geschichte unter dem Blickwinkel der Verfügbarkeit/Unverfügbarkeit für das NS-Regime frühzeitig zu analysieren. Und ihm ist auch zuzustimmen, wenn er bemängelt, daß einzelne Forschungen aus der DDR oder den USA denjenigen, die sich in der Bundesrepublik für die Fachgeschichte interessierten, lange schlicht unbekannt geblieben waren. Was war der Grund für diese Unkenntnis? Warum wurde sich in der Bundesrepublik mit den (aus heutiger Sicht des Traditionsverständnisses) erwünschten Aspekten der alten DHfP wie ihrer Erwachsenenbildung befaßt, nicht aber mit weniger Erwünschtem? Ich vermute, daß es dafür eine vergleichsweise schlichte Erklärung gibt: Ein diesbezüglicher

Forschungsbedarf wurde deshalb nicht erkannt, weil sich das Fach nach 1945 überhaupt nicht im Spannungsfeld von Kontinuität und Diskontinuität sah. Der Grad der subjektiven Überzeugung, daß mit dem Fach Politikwissenschaft nach 1945 etwas aufgebaut wurde, das mit dem nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb nichts zu tun hatte, läßt sich an Fraenkels Gutachtertätigkeit illustrieren: Bewerber, die ihre Meriten an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät erworben hatten, qualifizierte er als per se unwissenschaftlich ab.

Daran schließt sich die nicht weniger kritische Frage an, woher sich das positive Bild, das sich bezüglich der DHfP so fest im Gedächtnis des politologischen disziplinären Selbstverständnisses eingenistet hat, eigentlich speiste. Eisfeld schiebt sämtliche Verantwortung einer Profession zu, die bereitwillig das glaubte, was sie glauben wollte und dementsprechend den Dokumentenfälschungen von Ernst Jäckh völlig auf den Leim ging. Mit dieser Beschreibung macht er die bundesdeutsche Politikwissenschaft zu einem willfährigen Teilnehmer am nachkriegsdeutschen ‘Verdrängungswettbewerb’ in Sachen Vergangenheitsaufarbeitung. Eine solche Sicht der Ursachen für die Entstehung der DHfP-Legende macht es sich aber zu einfach. Sie kann nicht den frappierenden Befund erklären, daß nach 1945 nicht nur unredlich motivierte Personen wie Jäckh, sondern vielmehr noch ausgerechnet solche ehemaligen Hochschuldozenten, die die DHfP 1933 aus politischen Gründen verlassen hatten, an der positiven Legende bastelten: so Otto Suhr, als es um die Wiedergründung der Hochschule im Jahre 1949 ging; so aber auch Ernst Fraenkel und vor allem die über den Verdacht einer jeden Bagatellisierung des Nationalsozialismus und seiner Vorgeschichte erhabenen Franz L. Neumann und Sigmund Neumann. Bei keinem von ihnen findet sich in ihren Äußerungen zur alten Hochschule ein Hinweis auf ihre in der neueren Forschung festgestellte heterogene Identität. Übersehen haben diese (auch fachlich als Kenner der ideologischen Quellen des Nationalsozialismus ausgewiesenen) Wissenschaftler solche Erscheinungen damals sicher nicht. Was waren die Motive für ihr Schweigen? Oder gehören etwa auch sie zur klammheimlichen Koalition der Verdränger? Antworten auf diese Frage haben ihre subjektive und ihre strategische Komponente. Selbst wenn Eisfeld mit seiner

Aufarbeitung der DHfP in jedem Detail recht hätte, hätte er doch damit das Gesamtbild nicht ganz getroffen. Mit der heutigen Kenntnis um die fragile Ausbildung demokratischen Bewußtseins in Gesellschaft und Wissenschaft der Weimarer Republik hätte eigentlich der Verdacht schon viel eher auf der Hand liegen müssen, daß an der DHfP als ‘Kind ihrer Zeit’ auch anti-demokratische Positionen vertreten waren; mehr noch liegt es auf der Hand, daß viele der damaligen demokratietheoretischen Vorstellungen aus heutiger Sicht eher kritisch zu bewerten sind; was indes wissenschaftsgeschichtlich weniger zu erwarten ist und was in den Augen der genannten damaligen Dozenten wie Suhr und S. Neumann das Besondere an der DHfP war, ist die Tatsache, wie gravierend sie sich in der politischen Zusammensetzung von den deutschen Universitäten unterschied: das schlichte Faktum, in welchem Ausmaß sie für Dozenten mit linksliberalen, sozialdemokratischen und sozialistischen Positionen Platz bot. Es ist fürwahr Legendenbildung, wenn man diese Seite der Hochschule zur dominierenden oder gar einzigen Richtung an der DHfP überhöht hat; es zeugt im Gegenzug freilich auch nicht gerade von zeitgenössischer Sensibilität, wenn man diesen Strang der Hochschulgeschichte trotz seines Scheiterns nicht als den eigentlich eminenten herausstellt. Ich vermute, daß es dieser, in bezug auf die Weimarer Hochschullandschaft nicht hoch genug zu veranschlagende, politische Spielraum in die demokratische Mitte und nach links war, dessen Erinnerung den ehemaligen Hochschuldozenten nach 1945 so positiv aufstieß. Dieser Spielraum erklärt sicherlich auch zu einem Teil die im Vergleich zu den deutschen Universitäten ungemein abweichende politische Orientierung der Hörerschaft an der DHfP; zu dieser Milieubeschreibung gehört noch der Umstand, daß die der Weimarer Republik gegenüber aufgeschlosseneren Dozenten meist zur jüngeren Generation gehörten. Erst mit solchem Kolorit versehen lassen sich die damalige Atmosphäre, das damalige intellektuelle Klima an der DHfP präziser ausmalen. Indes, so etwas wie das ‘intellektuelle Klima einer Hochschule’ läßt sich nicht allein mit den Mitteln der Literaturanalyse ermitteln. Interviews mit damals Lehrenden wie Hans Speier belegen aber, daß in der Wahrnehmung vieler damals Beteiligter ein solch aufgeschlossenes Klima existierte. Dies – und die Möglichkeit der offenen Aus-

einandersetzung mit den anderen Positionen – machte beispielsweise für Sigmund Neumann die eigentliche Identität ‘seiner’ DHfP aus. An diese Tradition galt es zu erinnern, sie galt es zu pflegen und auszubauen. Daß es auch einige Dozenten gab, die nach 1933 dabeiblieben (Eisfeld vermeidet es peinlich, hier genauer zu quantifizieren: dies würde seine Kontinuitätsthese schwächen) – das betraf in den Augen der Neugründer nicht das Besondere der DHfP, sondern nur das ihr mit anderen Wissenschaftsinstitutionen Gemeinsame.

Ein zusätzliches strategisches Motiv sollte bei solchen Überlegungen nicht ganz unbeachtet bleiben. Der Aufbau der Politikwissenschaft erfolgte nach 1945 nur gegen heftiges Widerstreben der etablierten Universitätsdisziplinen. Die Politikwissenschaft brauchte außeruniversitäre Bündnispartner, um sich dagegen durchzusetzen, und das waren in erster Linie reformwillige Politiker und amerikanische Stiftungen. Ihnen gegenüber mußte es als höchst unklug erschienen sein, ein wirklichkeitsgetreues, differenziertes Bild der alten DHfP zu zeichnen und sich so quasi selbst den Wind als ‘Erneuerer’ der Universitäten aus den Segeln zu nehmen. Indem die Gründer der bundesdeutschen Politikwissenschaft an eine vermeintlich demokratische Hochburg namens DHfP anzuknüpfen suchten, wurden gleichzeitig innerdisziplinär wichtige Pflöcke für die weitere Fachausrichtung eingeschlagen. Solch strategische Funktionen gilt es abzuwägen gegen Eisfelds Vorwurf der versäumten Vergangenheitsbewältigung. Mit alledem soll die betriebene Legendenbildung keinen neuerlichen Remix erfahren, sondern nur anders bewertet werden. Es geht darum darzulegen, daß es nicht die „Lebenslüge“ der bundesdeutschen Politikwissenschaft war, bis heute über die Geschichte der Politikwissenschaft von 1920-45 falsche Behauptungen in Umlauf gebracht zu haben. Eine „Lebenslüge“ wäre allein für die Person Jäckhs zusammengebrochen, wenn noch zu seinen Lebzeiten bekannt geworden wäre, wie er später Dokumente gefälscht hatte, um seine damaligen Versuche zum Erhalt der Hochschule zu vertuschen (wobei man nicht vergessen darf, daß es im Frühjahr 1933 als alles andere als ausgemacht galt, daß die Koalitionsregierung unter Hitler sich als derartig dauerhaft erweisen würde, und viele der damaligen Aktivitäten in der Selbstauslegung der Akteure

deshalb als kurzfristige Überwinterungsstrategien einzustufen sind und für sie oft weniger der Vorwurf der Akkomodation denn der der Illusion greift). Was die Gesamtdisziplin nach 1945 betrifft, wäre es vielleicht passender, statt von einer 'Lebenslüge' von einem 'Gründungsmythos' zu sprechen.

4. Eisfelds Kritik gilt schließlich einer Fachgeschichtsschreibung der bundesdeutschen Politikwissenschaft, die die Frage nach ihren Kontinuitäten mit dem Wissenschaftssystem der Jahre 1933-45 bislang allzu souverän negativ beantwortet habe. Er hält dagegen, daß „in personeller Hinsicht wohl ein weit überwiegendes, nicht aber ... ein gänzlicher Bruch stattfand“ (168). Als dies bestätigende – wie Eisfeld es bezeichnet: – „Beispiele“ (13) führt er neben dem auch von ihm als unwichtig bezeichneten Ökonomen Carl C. Thalheim zwei Namen an: Adolf Grabowsky, der noch vor seiner Emigration in die Schweiz in mehreren Artikeln deutliche Sympathien für den Regierungswechsel bekundete (86 ff., 121 ff.), und der spätere Doyen der sogenannten Freiburger Schule Arnold Bergstraesser (79 ff., 123 ff.). Gerade im Falle Bergstraessers hätte Eisfeld sogar noch weiter gehen können, als dessen inhaltliche Affinitäten zur neuen Regierungspolitik und seine Beteiligung an der Nazifizierung der Universität (mit peinlichen Belegen für Bergstraessers politisch motivierte Gutachterfähigkeit zugunsten nationalsozialistischer Doktoranden, 125-130) aufzuzeigen. Denn es lassen sich darüber hinaus bei Bergstraesser auch methodologische Motive seines Werkes der dreißiger Jahre als konstitutiv für seine spätere politologische Methode der 'Synopsis' herauschälen. Es wäre zudem reizvoll, Bergstraessers Nachkriegswerk einmal unter dem Aspekt seines demokratietheoretischen Gehaltes zu untersuchen. Die Hypothese sei riskiert, daß Demokratie darin keine systematisch relevante Stellung einnimmt. Es wäre nicht ohne Pikanterie, wenn damit deutlich würde, daß die Rede von der Demokratiewissenschaft, welche die Anhänger der Freiburger Schule vor zwanzig Jahren als so grobe wie wirksame Keule gegen die fachinterne Opposition schwingen, von allen Nachkriegspolitologen ausgerechnet für ihren Ahnherrn Arnold Bergstraesser noch am wenigstens in Anspruch genommen werden kann.

Wie dem auch sei. Selbst damit wäre noch nicht das erbracht, was Eisfeld, ohne es klipp und klar auszusprechen, an mehreren Stellen

seines Buches suggeriert: daß die Traditionslinie der bundesdeutschen Politikwissenschaft bis in den Wissenschaftsbetrieb des Nationalsozialismus reicht. Der neben Bergstraesser angeführte Grabowsky läßt sich indes nur am Rande zu den Gründungsvätern der Nachkriegspolitologie zählen. Vom engeren Kreis wurde er weder politisch, persönlich noch wissenschaftlich ernst genommen. Konzeptionell blieben Grabowskys Überlegungen ohne Einfluß auf die Politikwissenschaft, der Blick in die damalige Literatur zeigt, daß sein Werk ohne größere Resonanz in der Politikwissenschaft blieb. Als es sich als schwierig herausstellte, für die neue Disziplin eine eigene Zeitschrift aufzubauen, Grabowsky aber den Rechtstitel an der von ihm gegründeten 'Zeitschrift für Politik' hielt, versuchte man einige Jahre, sich mit ihm zu arrangieren. Nachdem es immer wieder zu Konflikten mit ihm gekommen war, beschloß die DVPW schließlich die Herausgabe einer neuen Zeitschrift, der PVS. Es bleibt von den drei „Beispielen“ also vor allem der 'Fall Bergstraesser'. Hier treffen die von Eisfeld erhobenen Vorwürfe zu (wenn sie auch so unerforscht bis heute nicht waren; selbst in Heidelberg waren sie nach Ende des Krieges noch so präsent, daß Bergstraessers Versuch, hier eine Professur zu bekommen, kläglich scheiterte und er erst über den Umweg über Köln seine Professur in Freiburg erhielt). Nach meiner Kenntnis der Nachkriegspolitologie möchte ich behaupten, daß die von Eisfeld genannten Personen auch in Zukunft die einzigen bleiben werden, die Anlaß zu derartigen Reflexionen über Kontinuitäten geben können. Eisfelds Rede von „Beispielen“ ist irreführend. Weitere wird es nicht geben. Daß auch andere spätere Emigranten wie Leibholz (1933) oder Voegelin (1936) Beiträge publizierten, die antiliberal gehalten waren und passagenweise deutliche Sympathien für den autoritären Staat erkennen ließen, sei dabei ausdrücklich hinzugefügt. Gegen Eisfelds Suggestierungen muß an der Bewertung festgehalten werden, daß die Nachkriegspolitologie bezüglich ihrer Vorgeschichte eine eindeutig andere Stellung einnimmt, als es bei ihren Nachbarnwissenschaften wie Soziologie, Rechtswissenschaft oder Geschichtswissenschaft der Fall ist. Die Jahre 1933-45 waren in Deutschland kein Beitrag zur Professionalisierung der Disziplin und ihrer späteren Mitarbeiter wie bei der Soziologie und Psychologie. Der Fall Bergstraesser markiert kein „Beispiel“ für die west-

deutsche Politikwissenschaft, sondern richtiger die große „Ausnahme“. Wenn sein Fall Beispielcharakter hat, dann möglicherweise eher für die Berufungspolitik an der Freiburger Universität nach 1945.

#### Anmerkung

- 1 Dafür bleibt auch nach der Studie Eisfelds der kurz davor veröffentlichte Beitrag von Ernst Haiger: Politikwissenschaft und Auslandswissenschaft in 'Dritten Reich' – (Deutsche) Hochschule für Politik 1933-39 und Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität 1940-1945. In: Göhler/Zeuner (Hg.): Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft. Baden-Baden 1991, 94-137 informativ.

#### METHODEN

Wolf-Michael Kähler: Statistische Datenanalyse mit SPSS/PC+. Braunschweig-Wiesbaden: Vieweg 1990, 291 S., DM 64,—.

#### Detlef Landua

Wahrscheinlich ist es nicht vorteilhaft, ein einführendes Buch über „Statistische Datenanalyse“ zu besprechen, wenn man selbst bereits seit vielen Jahren mit seiner Arbeit in die Datenanalyse involviert ist. Das Buch von W.-M. Kähler richtet sich in Inhalt und Aufbau an Benutzer ohne Vorkenntnisse im EDV-Bereich und versteht sich als „problembezogene Einführung“. Basierend auf dem Programmpaket SPSS/PC+ versucht der Autor, dem Leser einen möglichst praxisnahen Einstieg in die statistische Datenanalyse zu ermöglichen. Zu den Voraussetzungen eines solchen Vorhabens zählen neben fachlicher Kompetenz auch ein hohes Maß an lehr-pädagogischem Einfühlungsvermögen in die oft prekäre Situation eines EDV-Neulings. Beide Voraussetzungen werden vom Verfasser gewährleistet. Der Inhalt des Buches orientiert sich am Beispiel einer einzigen kleineren empirischen Untersuchung, deren zugrunde liegende Daten und Programme (gegen Aufpreis) auch auf Diskette erhältlich sind. W.-M. Kähler beginnt

in seinem ersten Kapitel mit „Vorbereitungen zur Datenanalyse“. Neben allgemeinen Aspekten zur Codierung und Strukturierung der Rohdaten wird das zur Erfassung der Daten verwendete SPSS-Instrument (Review-editor) vorgestellt. Hierbei wird – wie auch in den anderen Kapiteln – die schrittweise Annäherung des Programmبنutzers an die SPSS-Kommandosprache durch die ausführliche Erläuterung und bildliche Darstellung einzelner Befehlsmenüs erheblich erleichtert. Kapitel 2 „Einsatz des SPSS-Systems“ soll den Benutzer anhand eines einfachen Programmauftrages (Frequencies) mit den unterschiedlichen SPSS-Arbeitsformen (Batch-, Submit-, Dialog-modus), sowie mit dem grundlegenden Aufbau von SPSS-Programmen vertraut machen. Hierauf aufbauend erläutert der Autor in Kapitel 3 die Umsetzung der Rohdatenmatrix in einen SPSS-File und die Möglichkeit der Beschreibung dieses Files durch Variablen- und Werteetikette. Aufbau und Inhalt der ersten drei Kapitel sollen es dem Leser ermöglichen, sein Rohdatenmaterial in einen kompletten, SPSS-auswertbaren Datenfile umzusetzen. Kapitel 4 und 5 befassen sich dann mit der Frage, wie diese Daten mit dem Programm deskriptiv ausgewertet werden können (Frequencies, Crosstabs). Komplexere Analysemethoden (Varianz-, Regressionsanalysen) sind Gegenstand der Kapitel 11 bis 13. Die Kapitel 6 bis 10 befassen sich mit der Handhabung von anwendungspraktischen SPSS-Verfahren. Der Autor behandelt hierbei u.a. die Möglichkeiten und Probleme des Datenaustausches zwischen SPSS und anderen Programmpaketen.

Es fehlt hier bei weitem der Raum, um auf die vorhandenen Details einzelner Kapitel näher einzugehen. Dennoch erhält das Buch von W.-M. Kähler gerade – wenn auch nicht ausschließlich – durch seine fast „mikroskopische“ Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Problemen und Verfahrensweisen auch als Lehrbuch der statistischen Datenanalyse eine besondere Qualität. Der Autor ist sichtlich bemüht, den Leser schrittweise auf alle im (SPSS-gebundenen) Prozeß der Datenaufbereitung und -auswertung auftauchenden Probleme vorzubereiten und jeweils optimale Lösungen bereitzustellen. Allerdings bietet gerade die thematische Komplexität des Buches auch Anlaß zu kritischen Bemerkungen. Obwohl der Versuch der Integration einer Einführung in die empirische Forschungspra-

II	Inhalt	
	PVS-Literatur	
	ESSAY	
	<i>Arnhelm Neussüss</i> : Von der Versuchung zum Überschuß. Zweierlei Utopie oder dieselbe? . . . . .	107
	REZENSION AKTUELL	
	<i>Ralf Bambach</i> : Die Vereinten Nationen – „mirror“ oder „moulder“ der internationalen Beziehungen? . . . . .	113
	SAMMELBESPRECHUNGEN	
	<i>Enrico Syring</i> : Nationalsozialistische Massenmorde – 50 Jahre danach . . . . .	119
	<i>Mathias Eichhorn</i> : Deutscher Protestantismus von Weimar bis Bonn . . . . .	123
	<i>Godehard Lindgens</i> : Die Kirchen in Deutschland und die nationale Frage . . . . .	126
	ZEITSCHRIFTENPORTRAIT	
	<i>Michael Philipp</i> : Vierzig Jahre Castrum Peregrini Amsterdam . . . . .	132
	EINZELBESPRECHUNGEN	
	<b>1. Grundlagen der Politikwissenschaft: Geschichte, Theorien und Methoden</b>	
	<b>Geschichte der Sozial- und Politikwissenschaften</b>	
	<i>Peter Wagner</i> : Sozialwissenschaften und Staat ( <i>Annemarie Wolfer-Melior</i> ) . . . . .	136
	<i>Heinz-Jürgen Dalme</i> u.a. (Hg.): Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1990 ( <i>Claus Rolshausen</i> ) . . . . .	138
	<i>Jürgen W. Falter, Harro Honolka, Ursula Ludz</i> : Politische Theorie in den USA ( <i>Roland Lhotta</i> ) . . . . .	139
	<b>Rezension Kontrovers</b>	
	<i>Rainer Etsfeld</i> : Ausgebürgert und doch angebräunt – Die „Geschichte der Politikwissenschaft“ sucht ihren Anfang in Deutschland ( <i>Michael Th. Greven</i> ) . . . . .	140
	– Angebräunte Politikwissenschaft? ( <i>Hubertus Buchstein</i> ) . . . . .	145
	<b>Methoden</b>	
	<i>Wolf-Michael Kähler</i> : Statistische Datenanalyse mit SPSS/PC+ ( <i>Detlef Landua</i> ) . . . . .	151
	<b>Theorie</b>	
	<i>Maurice Godelier</i> : Natur, Arbeit, Geschichte ( <i>Michael Scharping</i> ) . . . . .	152
	<i>Kurt Röttgers</i> : Spuren der Macht ( <i>Kurt Lenk</i> ) . . . . .	153
	<i>Bettina Westle</i> : Politische Legitimität ( <i>Ekkart Zimmermann</i> ) . . . . .	154
	<i>Roland M. Czada, Adrienne Windhoff-Héritier</i> (Hg.): Political Choice ( <i>Ulrich Widmaier</i> ) . . . . .	155

	Inhalt	III
	<b>2. Soziologie der Politik</b>	
	<b>Ökologische Krise und Umweltpolitik</b>	
	<i>Thomas Jahn</i> : Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform ( <i>Fritz Reusswig</i> ) . . . . .	157
	<i>Volker von Prittowitz</i> : Das Katastrophenparadox; <i>Carl Böhrer</i> : Folgen ( <i>Georg Krücken</i> ) . . . . .	158
	<i>Thomas Widmer</i> : Evaluation von Maßnahmen zur Luftreinhaltepolitik ( <i>Gerald Schneider</i> ) . . . . .	160
	<b>Politische Kultur</b>	
	<i>Gisela Maag</i> : Gesellschaftliche Werte ( <i>Wilhelm Bürklin</i> ) . . . . .	161
	<i>Bernhard Weßels</i> : Erosion des Wachstumsparadigmas ( <i>Karl-Werner Brand</i> ) . . . . .	163
	<i>M. Kent Jennings, Jan W. van Deth et al.</i> : Continuities in Political Action ( <i>Wilhelm Bürklin</i> ) . . . . .	165
	<i>Uwe Backes</i> : Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten ( <i>Armin Pfahl-Traugher</i> ) . . . . .	166
	<b>3. Politik und politisches System in der Bundesrepublik Deutschland</b>	
	<b>Bundesrepublik und DDR</b>	
	<i>Peter Hampe</i> (Hg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft; <i>Michael M. Wolff</i> : Die Währungsreform in Berlin 1948/49 ( <i>Axel Freudenberger</i> ) . . . . .	168
	<i>Martin Broszat, Hermann Weber</i> (Hg.): SBZ-Handbuch ( <i>Othmar Nikola Haberl</i> ) . . . . .	170
	<i>Christiane Lemke</i> : Die Ursachen des Umbruchs 1989 ( <i>Detlef Pollack</i> ) . . . . .	171
	<b>4. Komparatistik, Internationale Beziehungen, Nationale politische Systeme</b>	
	<b>Komparatistik</b>	
	<i>Hiltrud Naßmacher</i> : Vergleichende Politikforschung ( <i>Marian Döhler</i> ) . . . . .	172
	<i>George Tsebelis</i> : Nested Games ( <i>Manfred G. Schmidt</i> ) . . . . .	173
	<i>Michael Laver, Norman Schofield</i> : Multiparty Government ( <i>Manfred G. Schmidt</i> ) . . . . .	175
	<i>Winfried Steffani</i> (Hg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG ( <i>Hans Boldt</i> ) . . . . .	175
	<i>Jan-Erik Lane, Svante Ersson</i> : Comparative Political Economy ( <i>Martin List</i> ) . . . . .	176
	<i>Sebastian Kerz</i> : Bewältigung der Stahlkrisen in den USA, Japan und der Europäischen Gemeinschaft ( <i>Wolfgang Fach</i> ) . . . . .	177
	<i>Roland Sturm</i> : Haushaltspolitik in westlichen Demokratien ( <i>Emanuel Richter</i> ) . . . . .	178
	<b>Internationale Politik</b>	
	<i>Klaus Dieter Wolf</i> : Internationale Regime zur Verteilung globaler Ressourcen ( <i>Martin List</i> ) . . . . .	179
	<i>Guillaume Devin</i> (Hg.): Syndicalisme ( <i>Werner Reutter</i> ) . . . . .	181
	<i>Hans Wolfgang Platzer</i> : Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen? ( <i>Werner Reutter</i> ) . . . . .	182
	<b>Birma</b>	
	<i>Roland Bless</i> : „Divide et impera“? Britische Minderheitenpolitik in Burma; <i>Martin Smith</i> : Burma ( <i>Michael Baumann</i> ) . . . . .	183
	<b>Abstracts</b> . . . . .	186
	<b>Contents</b> . . . . .	187